

Bezugspreis:

Monatlich
durch Boten 3,50 Mk.
durch die Post 3,70 Mk.

erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag
von E. Chr. Sommer,
Bad Godesberg und Diez.

Diezer Zeitung

(Kreis-Anzeiger.)

(Bahn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

Preis der Anzeiger:

Die einseitige Seite 60 Pf.
Ankündigungen 80 Pf.
Reklamazeile 2,00 Mk.

Ausgabestellen:

Diez, Rosenstraße 36.

Fernsprecher Nr. 17.

Verantwortlich für die

Schriftleitung:

Karl Breidenbach, Gms.

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 127.

Diez, Donnerstag, den 10. Juni 1920.

26. Jahrgang.

Die Deutsche Volkspartei über die Aufgaben des neuen Reichstags.

Berlin, 8. Juni. Ueber die Aufgabe des neuen Reichstages schreibt die „Nationalistische Korrespondenz“: Alle die Deutsche Volkspartei kommen in erster Linie folgende Gesichtspunkte in Betracht: Die Staatsautorität, die durch das bisherige Parteiensystem zugrunde geworfen worden ist, muß als erste Voraussetzung geistlicher Regierungsbildung wieder aufgerichtet werden. Das kann nur geschehen, wenn die Regierung aufhört, das Privileg eines falsch verstandenen parlamentarischen Systems zu sein. Es muß in Zukunft aufhören, daß die obersten Reichs- und Staatsämter nach parteipolitischen Gesichtspunkten und nach dem Schicksal der zahllosen politischen Fraktionen besetzt werden. Es muß aufhören, daß man den Stelleninhabern Unterstaatssekretäre und Kommissare auf den Rücken setzt, die als Parteifunktionäre eine völlig verfassungswidrige Kontrolle ausüben. Nichts weiter darf in Zukunft für die Auswahl unserer Regierungsmänner und unserer Verwaltungsmänner maßgebend sein als der Grundgedanke persönlicher Fähigkeit und fachlicher Befähigung. Die besten Kräfte sind für den Wiederaufbau Deutschlands gerade gut genug. Ihnen ein Betätigungsfeld zu sichern und die Reue von unfähigen Parteifunktionären zu befreien, wird die erste Sorge der Deutschen Volkspartei sein. Wie der parteipolitische Mißbrauch beseitigt werden muß, so sollten auf der anderen Seite die wirtschaftlichen Fragen dem Bankrot der Politik entrückt werden. Deshalb fordert die Deutsche Volkspartei für die Kammer der Arbeit ein Vetorecht in wirtschaftlichen Fragen, das höher steht als das der parteipolitischen Majorität, mit dem das Parlament wirtschaftliche Fragen zu behandeln pflegt. Für die Erhaltung des Arbeitswillens fordert die Deutsche Volkspartei absolute Schlichtungsgerichte, deren Entscheidung unter allen Umständen sowohl gegen Arbeitnehmer wie gegen Arbeitgeber Geltung verschafft werden muß. Noch dringender als die Behandlung der Wirtschaft und der Verwaltung bedarf die Behandlung der auswärtigen Politik einer neuen Orientierung. Als Grundlage fordert die Deutsche Volkspartei Nationalgesetze auf Stelle kosmopolitischer Schwärmerei und zielbewußter und mit fester Hand geleiteter Arbeit, die Deutschland auf Grund der wirtschaftlichen Interessengemeinschaft in Europa wieder zur Weltung bringt.

Stellungnahme der 3 bürgerl. Parteien.

Berlin, 9. Juni. Wie wir erfahren, dürfte die Deutsche nationale Volkspartei bereit sein, in eine Regierung einzutreten, an der auch die Mehrheitspartei teilnehmen. Wahrscheinlich werden schon im Laufe des heutigen Tages die in Berlin wohnenden führenden Persönlichkeiten zu einer Beratung zusammenkommen. Die Deutschnationalen werden, wie die Deutsche Volkspartei, unter allen Umständen warten, bis man an sie herantritt.

Die Deutsche Volkspartei wird einige Vorbedingungen zum Eintritt in eine Koalition stellen. Sie wird verlangen, daß nach 20 wirkliche Staatsmänner und keine Parteimänner gewählt werden, daß nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten regiert wird, daß das Verantwortung von der Politik verschont bleibe und daß die Staatsautorität wiederhergestellt werde.

Das Zentrum wird in den nächsten Tagen erst Stellung nehmen. Es wird am Zentrumskreis betont, daß es ihnen angenehm sein werde, wenn eine Koalition aus der Deutschen nationalen oder Deutschen Volkspartei bis zu den Mehrheitsgesamtheit erzielt werden könnte. Ein Zusammengehen des Zentrums mit den Unabhängigen sei so gut wie ausgeschlossen. Eine Regierungsbildung ohne Zentrum, also der beiden sozialistischen Parteien mit den Demokraten könne nicht in Betracht kommen.

Die deutsche Schiffsnot.

Eine Note an den Verband.

Berlin, 9. Juni. Die deutsche Regierung, die wie bekannt, bereits wiederholt bei der Entente wegen Belassung der für die deutsche Wirtschaft unbedingt nötigen Schiffsammens vorstellig geworden war, ließ neuerdings die Reparationskommission in Paris am 4. Juni folgende Note überreichen:

Die deutsche Regierung hat in ihrer Note vom 3. Mai um die Belassung von Schiffen. Die darin enthaltenen Angaben stellen ein Minimum dar, das gefordert werden muß, um das deutsche Verkehrsleben zur See aufrecht erhalten zu können. Die deutsche Regierung ging dabei davon aus, daß von den in der Ausführung des Friedensvertrages von 25.000 Tonnen in Bau befindlichen Schiffen bei der Fertigstellung durch Deutschland jedenfalls 145.000 Tonnen Deutschland zufallen würden. Dieser Erwartung entsprachen die Verhandlungen in London nicht. Es wurden dort Deutschland 100.000 Tonnen und zwar auch nur Schiffe mit geringem Fertigstellungsgrad zugesprochen. Da die Maritime Service weitere deutsche Anträge ablehnte, sah sich die deutsche Regierung genötigt, dieses Angebot anzunehmen.

Angesprochen mag sie jetzt die in der Note vom 3. Juli enthaltenen Anträge erweitern. Wenn sie trotzdem hierauf abfährt, so tut sie das in der festen Erwartung, daß die Reparationskommission nunmehr dem Antrag auf Belassung von Schiffen unverzüglich stattgeben und ihre Entscheidung so schnell wie möglich treffen wird. Deutscherseits ist die Voraussetzung, von welcher die Reparationskommission die Prüfung des Antrages abhängig macht, nach besten Kräften erfüllt. Von den abzuliefernden Schiffen wurde bereits eine beträchtliche Anzahl nach dem Birch of Port gedrückt. Die Reparationskommission wird daher am schnellsten umgehende Entscheidung gebeten.

Die Voraussetzungen für das 100-Milliarden-Angebot.

Berlin, 9. Juni. Wir haben bereits verschiedentlich darauf hingewiesen, wie durch die Bestimmungen des Friedensvertrages, besonders auch diejenigen territorialer Art, die deutsche Leistungsfähigkeit für eine Entschädigungssumme für einer Weise automatisch herabgemindert wurde, wie sie damals, als Dernburg das Angebot von 100 Milliarden in der Hoffnung auf bedeutende Milderungen der Abtrennungsabsichten machte, noch nicht vorausgesetzt werden konnte. Die Deutsche Allgemeine Zeitung sieht sich heute, offensichtlich in halbamtlich, m. A. u. S., veranlaßt, noch einmal auf die in der „Blauen Zeitung“ angeführten Argumente des Reichsfinanzministers zurückzukommen:

Die ausländische Presse hat sich in letzter Zeit wiederholt mit der Entschädigungssumme beschäftigt. Die Deutsche an die Verbandsmächte zahlen könne. Sie hat dabei als feststehend angenommen, daß die deutsche Regierung bereit und in der Lage sei, 100 Milliarden Goldmark zu entrichten. Wenn Deutschland sich den Verbänden gegenüber in der Mantelnote vom 21. Mai 1919 bereit erklärt hat, die ihm nach dem vereinbarten Friedensvertrag im obliegenden Zahlungen bis zur Höchstsumme von 100 Milliarden Goldmark zu leisten, so ist dies nur unter der Voraussetzung geschehen, daß die territorialen Opfer, die Deutschland auferlegt wurden, über die Abtretung von Elsaß-Lothringen, der unbestreitbar von Pol in bestedellen Gebiete der Provinz Posen und der vormaligen Provinz Westpreußen, die wirtschaftlich bedeutenden Teile der Provinzen Schlesien, Posen und Westpreußen, eine zeitweise Abschließung des Saargebietes sowie der Verlust sämtlicher deutschen Kolonien wurde damals nicht in Betracht gezogen. Im Versailles-Vertrage hat sich Deutschland demgegenüber bereit erklärt, seine Kolonien den Verbandsmächten zu überlassen. Das Saargebiet ist der Treuhänderschaft des Völkerbundes unterstellt worden. Seine Verträge kommen fast ausschließlich Frankreich zugute. Der Besitz Oberschlesiens wird von einer Volksabstimmung abhängig gemacht, deren Ausfall sich nicht voraussagen läßt. Daraus ist zum Abschluß erklärt worden. Durch diese Veränderungen sind die wirtschaftlichen Voraussetzungen, die zu der erwähnten Erklärung vom 21. Mai 1919 führten, grundlegend verändernd worden. Das Deutsche Reich, das unter Friedensabordnung in Versailles vorübergehend besteht nicht mehr. Der Versailles-Vertrag hat die Wirtschaftskraft Deutschlands entscheidend geschwächt. Infolgedessen kann auch von einer Aufrechterhaltung der seinerzeit angebotenen Entschädigungssumme nicht mehr gesprochen werden.

Notenwechsel zwischen Finnland und Schweden.

Stockholm, 9. Juni. Am 3. Juni hat der finnische Gesandte in Stockholm dem schwedischen Minister des Auswärtigen eine Note folgenden Inhalts überreicht:

Meine Regierung benötigt, wie der schwedischen Regierung mitzuteilen, die finnische Regierung sehr sich genötigt, bestimmten Protest dagegen zu erheben, daß sich die schwedische Regierung ohne Rücksicht auf das Recht und die Interessen Finnlands zum Sprecher eines Teiles der Bevölkerung Alands mache, der unzureichendweise eine Trennung der Inselgruppe von Finnland fordert, und dadurch dessen Vorhaben untergrabe. Gleichzeitig wünscht die Regierung der Republik der finnischen Regierung Kenntnis zu geben davon, daß Finnland hinsichtlich Alands keine auch von Schweden vorbehaltlos anerkannte Souveränität behauptet und unbedingt alle damit unterbreitenden Forderungen ablehnen muß.

Hierauf übermittelte die schwedische Regierung am 7. Juni durch den schwedischen Gesandten in Helsinki folgende Antwort:

Den erhaltenen Instruktionen zufolge habe ich folgendes mitzuteilen: Nicht ohne Erörtern erhielt die schwedische Regierung die Note, die der finnische Gesandte im Auftrag seiner Regierung am 3. Juni überreicht hat. Seit dem von der Bevölkerung Alands mit Einsinnigkeit vorgebrachten Verlangen, ihr Schicksal selbst zu bestimmen, hat die finnische Regierung die finnische Regierung nicht in Unkenntnis gelassen, daß sie dieses Verlangen, das auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker basiert, als vollumfänglich anzuerkennen hat und andauernd anerkennt. Auch hat es die finnische Regierung nicht unterlassen, im Einverständnis mit Finnland und auf Grund der Volksabstimmung die Lösung der Alandsfrage zu erreichen zu suchen. Weder das, was schwedischerseits in der Alandsfrage bekannt geworden ist, noch die allgemeine Stellung der Frage innerhalb der Friedenskonferenz konnten der finnischen Regierung einen begünstigten Anlaß zu dem überreichten Schreiben geben. In der von dem schwedischen Gesandten in Helsinki am 19. Juni 1919 der finnischen Regierung übermittelten Note hat die finnische Regierung ihre Auffassung des Alandsproblems von verschiedenen Seiten ausführlich hervorgehoben, darin eingeleitet, das, was die letzte finnische Note betrifft. An der in der genannten Note dargelegten Auffassung hält die finnische Regierung andauernd fest und hat keine Veranlassung, etwas darüber hinaus auszusprechen.

Die Alandsfrage.

Kopenhagen, 9. Juni. Nach einer Drählung von den Alandsinseln sind der finnische Ministerpräsident, der Kriegsminister, der Handelsminister und zwei finnische Generäle am 9. Juni dort eingetroffen und haben die Vertrauens-

männer der Bevölkerung zu einer gemeinsamen Besprechung geladen. Es waren 150 Vertrauensmänner aus fast allen Gemeinden des Alandsinseln erschienen. Der Ministerpräsident richtete die Aufforderung an die Aländer, ihre Forderungen auf Wiederherstellung mit Schweden endgültig aufzugeben und das Gesetz über die neue Selbstverwaltung durchzuführen. Im Namen der Aländer Vertrauensmänner sprach der Vortagsabgeordnete Redakteur Sundblom und erklärte, daß die Bevölkerung der aländischen Inseln sich weder durch Zwänge noch durch Versprechungen bewegen lassen würde, von ihrem Rechte auf Volksabstimmung abzugeben. Er forderte die finnische Regierung auf, es der Bevölkerung zu überlassen, durch eine Abstimmung ihr künftiges Schicksal zu entscheiden. Die Rede wurde von den Vertrauensmännern mit lebhaftem Beifall begrüßt. Nach einer weiteren Reduktion aus Helsinki sind in Marienham der Redakteur Sundblom und der Polizeidirektor Sjöström verhaftet worden. Sie werden des Hochverrats beschuldigt und sind bereits nach Åbo deportiert. Die finnische Regierung hat beschlossen, der schwedischen Regierung eine Note zu überreichen wegen des Empfangs der aländischen Abordnung durch den schwedischen König und die schwedische Regierung.

Die Vorschläge Krassins.

Basel, 9. Juni. Wie die Blätter erfahren, hat Krassin England für die Einleitung der gegenseitigen Handelsbeziehungen folgende Vorschläge gemacht:

Wenn die englische Regierung die Reduktion anerkennt, und den russischen Kaufleuten, die mit den Waren der Moskauer Regierung versehen sind, freien Verkehr und Handel auf englischen Gebieten sowie die Ueberweisung von Geld auf englische Banken gestattet, werden die englischen Staatsangehörigen die gleichen Rechte in Russland erhalten, während die Russen ihre Bergwerkseigenschaften unter der Bedingung übergeben, daß das technische Personal gestellt wird.

Lord George fährt im Unterhause u. a. noch auf: Die Alliierten, die sich darüber klar sein, daß die Welt einer Periode der Knappheit entgegenstehe, sollten es für nötig, die Beziehungen zu einem Lande wiederherzustellen, das früher 25 Prozent der Lebensmittel Europas ausfuhrte. Es seien zweifellos Getreide, Fleisch und Holz in Russland vorhanden, und eines der Ziele der Besprechungen mit Krassin sei die Verbesserung der Transportbedingungen.

Lord George wandte sich gegen das Argument, nach dem man mit einem Lande, dessen Regierung man verabscheue, keinen Handel treiben dürfe, und fragte, ob man denn nicht mit der Türkei und dem zaristischen Russland Handel getrieben habe. Wenn man sich weigern würde, mit Russland Handel zu treiben, solange es dort eine bolschewistische Regierung gebe, würde man eine ganz außerordentliche Dummheit begehen.

Die Verschwörung in Griechenland.

Ameroom, 9. Juni. Benizelos hat den Grund der gegen seine Regierung gerichteten Bewegung erklärt und ließ den Kriegszustand über ganz Griechenland wieder erklären, um aufgrund der Kriegsgesetze mit aller Strenge gegen etwaige Anführer vorgehen zu können. Ob er damit nun die Sicherheit erlangt, ist sehr zweifelhaft; denn seine Verordnung hat in allen Kreisen sehr starke Bestimmung hervorgerufen. Die Bewegung, die künftlich eingeleitet war, und zur Republik führen sollte, um als Übergang zur künftigen Königs Konstantins zu dienen, ist dadurch eigentlich zwecklos geworden, da die geplante Uebernahme Benizelos nicht mehr möglich ist. Die Presse, die Benizelos folgt, ist ebenfalls mit dem jetzigen Ausnahmezustand wenig zufrieden, da dadurch auch wieder die Zensur eingeführt ist. In einigen Blättern wird auf die Gefahr hingewiesen, die dadurch entsteht, daß Griechenland keine ganze Armee außer Landes schicken muß, um der Entente Hilfe zu senden. In Griechenland selbst stehen nur einige tausend Mann. Wenn die Anhänger Königs Konstantins durch irgendeine Offiziere ihren Einfluss auf diese Truppen ausüben, dann wäre die Revolution in 24 Stunden da. Eigentlich werde diese Gefahr von der Regierung wie vom Wölfe unterdrückt.

Ein Memorandum Chinas an England.

Amsterdam, 8. Juni. Laut „Times“ heißt es in dem Memorandum der chinesischen Regierung an England: China strebe der Erneuerung des Vertrages mit England gegenüber, denn das Land habe während des Weltkrieges genug an den Leistungen des Vertrages gelitten. Da China durch seinen Beitritt zum Völkerbunde Mitglied des Völkerbundes geworden sei, der, wie es annehmen, in ähnlicher Weise geschlossen sei, dürfe ein Vertrag zwischen anderen Völkerbundsmitgliedern, der Angelegenheiten Chinas betreffe, nicht ohne seine vorherige Zustimmung geschlossen werden. Zum Schluß wurde die englische Regierung dringend um Antwort gebeten, da China eine gleichlautende Note an Japan richten wolle, um so die Haltung der Nation in einer der Frieden und die Wohlfahrt Chinas so lebenswichtige Frage endgültig klar zu stellen.

Politische Rundschau.

Bekannte Abgeordnete. Unter den Gewählten finden wir noch folgende bekannte Persönlichkeiten: Die Sozialdemokraten Staatsminister Stellung, Minister Seering, Hise, Meerfeld, Auer, Reichsminister Müller und Reichsminister Schmidt, die Unabhängigen von Dender, die Kommunisten Clara Zetkin, die Zentrum Abgeordneten Gerold und Siegerwald, die Demokraten Dr. Bachmeide, Rektor Kopich und Fehr, v. Richthofen, die Volkspartei Dehse, der Dösch und Wehnermann, die Deutschnationalen Dr. Semmler, Dr. Eugenberger, Telbrück und Dr. Höplich, den Welfen Goldhorn und die Mitglieder der Nationalen Volkspartei Geschäftsführer Dr. Mayer und Domkapitular Leicht.

Unter sicherer Bedeckung und unter Aufsichtung sonstigen geborenen Vorlichts anwesend waren auf Verlangen Anstößung die drei Untersuchungsgefangenen Gerlicher, Kopf und Juch nach vortergegangener Benachrichtigung Zustimmung des Kommands in die Wilsch Bränning geführt worden am Faktori schon einmal eine ausführliche Verhöre des von ihnen verbliebenen Thatsache zu geben.

Sowohl der Untersuchungsrichter wie der Kriminalistische Rathhold hatten sich in dieser Vernehmung funden, und in dem sie solche Punkte von dem Kommande bestätigt sein in Nummer wurde ein anderthalb Stunden genommen. Nach dem es seine der drei gefangen Verbrecher betraf, muß es nicht noch der Untersuchung. Es wurde ein von dem Kommande eine Vernehmung hatte, sondern daß es ihm nicht mehr ein anderes oder neue Gesichtspunkte der drei Verbrecher zu tun gewesen war.

6 Mr. Schwarzer
Wollstoff
und eine Zither zu verk.

Gef. ausführliche Bewerbungen mit Zeugnis-Abschriften und Lebenslauf sind bis spätestens Mittwoch, den 23. Juni an den Vorstand des Konsum-Vereins für Wiesbaden u. Umgegend in Wiesbaden, Hellmundstrasse 45 zu richten.